



5 Juni 2012

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

gerne hätten wir Ihnen vom Polizeipräsidium Bodensee-Oberschwaben berichtet. Nach der Pressekonferenz von Claus Schmiedel, SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, durfte man ja berechtigter Hoffnung sein. Aber das kommt nun genauso wenig, wie eine Antwort aus Stuttgart. Wir hätten als SPD Ortsverein schon gerne gewusst, was in der Woche bis zur Standortverkündung sich verändert hat, dass daraus plötzlich Konstanz wurde. Wir warten.

Nicht mehr lange warten, müssen wir wohl auf den Weiterbau der B30-Süd. Auf der Priorisierungsliste der Landesregierung (siehe Seite 3) ist die Straße unter den ersten fünf Bauprojekten. Somit könnte ab 2014 (weiter-)gebaut

werden. Nachdem der Baubeginn schon oft versprochen worden ist, gibt es endlich ein realistischen Zeitrahmen. Da darf man sich freuen. Richtig gejubelt wird im Schussental aber erst, wenn die Bagger anrollen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Felix Rückgauer

Wechsel im Vorsitz bei der Ravensburger SPD

Die beiden SPD-Ortsvereine Eschach und Ravensburg haben in ihrer unlängst durchgeführten Mitgliederversammlung formal das nach vollzogen, was in der politischen Arbeit bisher schon gängige Praxis war. Die beiden Parteiorganisationen haben fusioniert und sich zu einem Gremium zusammen geschlossen. Neu gegründet wurde dafür die Arbeitsgemeinschaft Ortschaften.

Christel Ulmer wurde zur Vorsitzenden des neu formierten Ortsverein Ravensburg gewählt. Ihre beiden Stellvertreter sind Rainer Frank und Manfred Ströhm. Weiter im Ortsvereinsvorstand sind Josef Kuhn (Kassier), Ingrid Staudacher (Presse), Rigma Beisse (Schriftführerin) sowie als Beisitzer Brigitte Eichhorn-Schmiedel, Volker Petzold, Günther Biegert, Wolfgang Engelberger und Felix Rückgauer.



Felix Rückgauer hat nach 9 Jahren das Amt des Vorsitzenden abgegeben, seit Januar diesen Jahres ist er Kreisvorsitzender der SPD. Karin Sgryska hat sich nach 34 Jahren im Amt der Kassiererin nicht mehr zur Wiederwahl gestellt. Als Sprecher der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft Ortschaften wurde Altstadtrat Günther Biegert von der Versammlung gewählt.

(IST)

Termine

- 23.06.2012, 14.00 Uhr
Neue Tonhalle in Villingen-Schwenningen
Festakt "60 Jahre SPD in Baden-Württemberg"
- 30.06.2012, 14.30 Uhr
SPD-Sommerfest beim Kurhaus Isny im Park
- 30.06.2012, 19 Uhr
Volksbank Biberach
Wahlkreismitgliederversammlung zur Nominierung einer/eines Bundestagskandidatin/-kandidaten im Wahlkreis 292 Biberach
- 25.10.2012, 20 Uhr
Café im Heilig Geist Spital
"SPD und christliche Kirchen. Was verbindet, was trennt sie?"

"Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten."

-Mahatma Gandhi-

Die Energie ist da SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zum "langsamen Abschied von ÖL und Atom

Was die SPD-Bundestagsfraktion vor Ort in Ravensburg zusammen mit Energieagenturchef Walter Göppel und der Geschäftsführer Netz der Technischen Werke Schussental (TWS), Helmut Hertle, aufzeigte, beeindruckte die rund 60 Zuhörer in der TWS-Aula und ließ sie ein Fazit ziehen: Das Beispiel des Landkreises Ravensburg zusammen mit den Nachbarkreisen Biberach, Bodensee und Sigmaringen müsste bundesweit Schule machen, soll der Energiewenden-Rückwärtssalto der Bundesregierung wegen Fukushima nicht schiefegehen. Das zeigte nach der Begrüßung durch ihren Biberacher Fraktionskollegen Martin Gerster die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt auf.

Vogt war beeindruckt von dem, was Walter Göppel zu Beginn der Veranstaltung in einem kurzen Bildervortrag über die für vier Landkreise zuständige Energieagentur berichtet hatte. Verwertung verdorbener Lebensmittel zu Biogas, Prozessabwärmenutzung von Betrieben oder Erdgasbusse nannte er unter anderem als konkrete Beispiele, um früher verpuffte Energie besser zu verwerten, und ließ die Frage aufkommen, warum bundesweit nicht mehr passiere. Ute Vogt wusste einen Grund: „Es fehlt auf der Bundesebene an Koordination und an Kümmerern.“

Einig war sie sich damit mit Göppel: „Es gibt überall Einsparpotenzial, es braucht Kümmerer.“ Vogt lobte Göppels Analysen, die sie am Nachmittag zusammen mit Martin Gerster bei einem Besuch in der Energieagentur Ravensburg kennen gelernt hatte: „Solche detaillierten Zahlen gibt es bundesweit nicht.“ Der Landkreis Ravensburg sei ein Vorbild, die gemischten Zuständigkeiten auf Bundesebene wirkten aber oft hemmend. Dabei sei es doch der Kern von Wirtschaftspolitik, Energie sicher und bezahlbar zu machen, erläuterte die 47-Jährige: „Es ist ein Motor für Arbeitsplätze, die da neu entstehen, wo dezentral Energie erzeugt wird, das ist nicht globalisierbar und macht die Region unabhängig.“ Zwar habe die Ethikkommission zum Atomausstieg vieles beschlossen: „Es fehlt aber an konkreten Maßnahmen, es gibt keinen Plan, keinen Kompass“, bemängelte Vogt, „die Regierungsfaktionen haben uns noch nicht mal zuerkannt, dazu einen Bundestagsausschuss zu bilden, sie handeln nach dem Prinzip Hoffnung.“ Die SPD wolle einen parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende und ein Forum, wo man sich regelmäßig treffe und Maßnahmen koordiniere.



Bei der Publikumsdiskussion unter der Moderation der stellvertretende Ravensburger SPD Ortsvereinsvorsitzenden Christel Ulmer wurde denn auch die Forderung nach einem Bundesenergieminister gestellt, um die große Aufgabe der Energiewende zu schaffen. „Das unterstützt die SPD“, stimmte Ute Vogt zu, ebenso wie TWS-Netze-Geschäftsführer Helmut Hertle: „Auch bei den Stromnetzen gibt's viel zu zersplitterte Zuständigkeiten.“ Die TWS seien im Übrigen deutschlandweit unter den Top 10: „100 Prozent unseres Stroms sind erneuerbare Energie.“ Damit sind die TWS Vorreiter, ein anderer Vorreiter aus dem Schussental ist die Energieagentur. Geschäftsführer Göppel: „Die Energiewende können nur alle gemeinsam machen.“ Beispielsweise bleibe immer noch ein großer Teil möglicher Kraftwärmekopplungen (KWK) aus Unkenntnis ungenutzt, sagte er, und schilderte ein Beispiel: „Trotz Möglichkeit zur KWK hat jetzt wieder in Biberach eine Eigentümerin ihr Gebäude mit 44 Wohneinheiten auf Gasbrennwertkessel umgestellt und damit auf 20 Jahre festgelegt.“ Unkenntnis auch beim politischen Gegner beklagte der Ravensburger SPD-Kreistagsfraktionschef Rudolf Bindig: „Die CDU hat gerade mit ihrer Mehrheit verhindert, dass wir bei einer Ausschreibung den regenerativen Anteil auf 50 Prozent festlegen konnten.“

(Büro Martin Gerster)



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Juni

01. Joachim Weimann 73.
08. Kurt Rückstieß 92.
14. Prof. Günther Hole 84.
16. Josef Bosch 65.
24. Hans Center 73.
26. Barbara Gehring 60.
30. Roland Baur 73.

Juli

18. Hans-Dieter Georgii 74.
25. Benjamin Kemmler 30.

(Runde Geburtstage, "5er"
Geburtstage, 70 und höher)

Abgeordnete



Martin Gerster, MdB
Poststr. 7, 88400 Biberach
Tel. 07351/3003000
Fax 07351/3003001
martin.gerster@wk.bundestag.de
www.martin-gerster.de



Martin Rivoir, MdL
Söflinger Straße 145
89077 Ulm
Tel. 0731 / 3989700
Fax 0731 / 3989701
martin.rivoir@spd.landtag-bw.de
www.martin-rivoir.de

SPD Ravensburg für einen Sozialplan bei Voith Paper

Als SPD Vorstandsvorsitzende und Stellvertreter des hiesigen Ortsvereines in Ravensburg hatten wir bereits am Donnerstag, 31. Mai 2012 der Schwäbischen Zeitung eine Pressemitteilung zukommen lassen, in der wir ebenfalls unserer politischen Stimme Ausdruck verliehen und ganz klar Stellung zu den Vorgängen bei Voith Paper zum bevorstehen Stellenabbau bezogen.

Wir sind ebenfalls geschockt über die Nachricht, dass Voith Paper 304 Stellen in Ravensburg abbauen will, dies trifft nicht nur die Stadt und Region hart, sondern insbesondere die hier von betroffenen Familien.

Zumal die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit laut Betriebsratsvorsitzender Richard Obermeier bei 25 Jahren liegt.

Für den Standort Ravensburg ist dies ein herber Einschnitt und für die betroffenen Mitarbeiter und ihre Angehörigen ein bittere Pille.

Gerade aus diesem Grund empfinden wir hier eine große Solidarität und so erwartet die SPD Ravensburg, dass die Konzernleitung den Betriebsrat aktiv einbindet und mit ihm gemeinsam - auf Augenhöhe - einen Sozialplan entwirft, der den betroffenen Mitarbeitern, ihrer Situation und deren Familien gerecht wird.

Des Weiteren erwartet die SPD Ravensburg, dass die verbliebenen 400 Arbeitsplätze erhalten bleiben und der Standort Ravensburg zukünftig von weiteren Stellenstreichungen und Umstrukturierungsmaßnahmen verschont bleibt.

Als Ortsverein bedauern wir sehr, dass diese Pressemitteilung nicht veröffentlicht wurde und wollen dies zumindest in dieser Form nachholen und kund tun.

Christel Ulmer und Manfred Ströhm für die SPD Ravensburg



Christel Ulmer
Ortsvereinsvorsitzende



Manfred Ströhm
stellvertretender
Ortsvereinsvorsitzender



Peter Simon, MdEP
Hans-Böckler-Str. 1
Gewerkschaftshaus
68161 Mannheim
Tel. 0621 / 82037802
Fax 0621 / 82037803
kontakt@peter-simon.eu
www.peter-simon.de

Peter Simon: "Europa zeigt Bundesregierung gelbe Karte" Einführung von Betreuungsgeld, Versäumnisse bei Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Förderung von Zweitverdienern / Kritik von Europäischer Kommission an Nationalem Reformprogramm

"Die Maßnahmen der Bundesregierung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehen am Bedarf vorbei. Dass hier einiges nachgebessert werden muss, bekommt die Bundesregierung jetzt auch Schwarz auf Weiß aus Europa bestätigt", betonte der baden-württembergische SPD-Europa-abgeordnete Peter SIMON. Zu einem entsprechenden Urteil kommt die Europäische Kommission bei der Bewertung des von Deutschland im Rahmen des Europäischen Semesters eingereichten nationalen Reformprogramms 2012.

Die Europäische Kommission bemängelt, dass die Zahl der Kinderbetreuungsplätze in Deutschland zu langsam steigt und in dem deutschen Reformprogramm keinerlei Auskunft über die Fortschritte in diesem Bereich enthalten sind. Aber nicht nur der mangelnde Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztageschulen lässt laut der Europäischen Kommission zu wünschen übrig. Kritisch sieht sie weiterhin die geplante Einführung eines Betreuungsgeldes und die unverändert fehlenden steuerlichen Anreize für Zweitverdiener, wie beispielsweise das Ehegattensplitting.

"Beides verringert den Anstoß für Zweitverdiener, in der Regel Frauen, eine Beschäftigung aufzunehmen und steht damit im Gegensatz zu den Empfehlungen

der EU und dem Ziel Beruf und Familie bestmöglich zu vereinbaren" unterstrich das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

"Die Botschaft aus Europa ist eindeutig: Sowohl die bisherigen als auch die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung sind entweder unzureichend oder sie gehen in die falsche Richtung", so Peter SIMON abschließend.

Hintergrund zum Thema:

Im Zuge der neuen Arbeitsmethode 'Europäisches Semester' koordinieren die Mitgliedstaaten ihre nationale Haushaltspolitik und erörtern wichtige Prioritäten auf EU-Ebene gemeinsam, bevor Beschlüsse auf nationaler Ebene gefasst werden. Bis Ende April legen die Mitgliedstaaten u.a. Stabilitätsprogramme und nationale Reformprogramme vor, in denen sie darstellen, wie sie die europäischen Ziele bezüglich Haushalt, Wachstum und Beschäftigung in ihrer nationalen Politik umsetzen wollen. Die Kommission gibt daraufhin länderspezifische Empfehlungen ab, die dann von den Mitgliedstaaten im Rat angenommen werden müssen. Die Bewertung der eingereichten Reformpläne durch die Kommission ist Thema der aktuellen Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg.

Stellungnahme von Martin Rivoir und Martin Gerster zum Ergebnis der Priorisierungsliste für den Bau von Bundesfernstraßen

Martin Rivoir und Martin Gerster zeigen sich erfreut, dass das Projekt „B30 Ortsumgehung Ravensburg Bauabschnitt VI“ nun in der Priorisierung aller 20 Bundesfernstraßenprojekte in Baden-Württemberg so eingeordnet wird, dass eine Realisierung zeitnah möglich wird. Martin Rivoir und Martin Gerster: "Es zeigt sich, dass auch unter „grün-rot“ neue Straßen gebaut werden, wenn sie vernünftig sind." Der Vorschlag zur Realisierung geht nun an den Bundesverkehrsminister, der endgültig darüber entscheidet, ob das Projekt wirklich schnell umgesetzt wird.

Martin Rivoir und Martin Gerster weisen darauf hin, dass im Bereich des Baus der Bundesfernstraßen eine dramatische Unterfinanzierung bestehe. Allein in Baden-Württemberg seien Projekte für über 4.5 Mrd. Euro in der Planung, der Bund gebe jährlich aber dem Land nur ca. 220 Mio Euro zum Bau. Hier müsse dringend eine Umsteuerung erfolgen und mehr Geld nach Baden-Württemberg fließen.

Impressum:

SPD Ravensburg

Christel Ulmer

Mozartstr. 55

88214 Ravensburg

Telefon: (0751)35 44 52 1

E-Mail: christel-u@web.de

Web: www.spd-ravensburg.de

Redaktion:

Brigitte Eichhorn-Schmiedel (BES)

Ingrid Staudacher (IST)

Christel Ulmer (CU)

Volker Petzold (VP)

Felix Rückgauer (FR)

SPD-Onlinezeitungen

■ Roter Turm spd-ravensburg.de

■ Roter Seehas spd-bodenseekreis.de

■ 's Rote Füchse spd-ehingen.de

■ Bibervision spd-biberach.de

Infrastruktur Straße



Ergebnis der Priorisierung

RP	Str.Nr.	Vorhaben
S	A 3	Landesgrenze BY/BW - Landesgrenze BW/BY
S	B 10	Süßen/Ost - Gingen/Ost (Ortsumgehung Gingen)
S	B 14	Schwäbisch Hall (Gottwollshäuser Steige) - B 19
S	B 14	Backnang/West - Nellmersbach (1. Bauabschnitt bis Waldrems)
FR	B 27	Ortsumgehung Behla
TÜ	B 28	Rottenburg - Tübingen (L 370 alt), 2. Bauabschnitt
S	B 29	Essingen - Aalen
S	B 29	Ortsumgehung Mögglingen
TÜ	B 30	Ortsumgehung Ravensburg, Bauabschnitt VI
TÜ	B 31	Überlingen/West - Überlingen/Ost
TÜ	B 31	Immenstaad - Friedrichshafen/Waggershausen
FR	B 33	Konstanz (Landeplatz) - Allensbach/West
FR	B 34	Ortsumgehung Grenzach
FR	B 34	Ortsumgehung Wyhlen
FR	B 294	Ortsumgehung Winden
TÜ	B 311	Ortsumgehung Unlingen
TÜ	B 311	Erbach - Dellmensingen (B 30)
KA	B 463	Westtangente Pforzheim (1. Bauabschnitt B 10 - B 294)
S	B 464	Ortsumgehung Holzgerlingen (Altdorfer Kreuzung)
S	B 466	Ortsumgehung Süßen (B 10neu) - Donzdorf

Gruppe 1
ab 2014

Gruppe 2
ab 2015/16

Gruppe 3
mittelfristig



Baden-Württemberg

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

1

Martin Gerster springt kurzfristig im Kanzleramt ein

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster wird bei den am morgigen Donnerstag (21.06.2012 - die Red.) stattfindenden Gesprächen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe zur Energetischen Gebäudesanierung mit am Verhandlungstisch sitzen. Der 40-jährige Parlamentarier war von Seiten seiner Fraktion kurzfristig für diese Aufgabe benannt worden.

Bei dem Treffen im Bundeskanzleramt, das von Kanzleramtschef Ronald Pofalla geleitet wird, sollen zwischen Bund, Ländern und Kommunen offene Fragen zur steuerlichen Absetzbarkeit entsprechender Umbaumaßnahmen geklärt werden.

Anfang des Monats waren Bund und Länder übereingekommen, die Förderung für energetische Gebäudesanierung auf eine Milliarde Euro zurückzufahren und aus Bundesmitteln zusätzliche 300 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um öffentliche Gebäude energieeffizient zu sanieren.

„Energetische Gebäudesanierung ist ein Zukunftsthema, das auch die Interessen vieler Handwerksbetriebe vor Ort berührt“, so Gerster. „Umso mehr freue ich mich, die Positionen meiner Fraktion bei dieser Runde im Kanzleramt mit einbringen zu können.“

